



Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

38. Sitzung (öffentlich)

8. Mai 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:55 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenograf: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
1 Aufklärungsquote steigern - DNA-Analyse als erkennungsdienstliche Maßnahme der Zukunft begreifen Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/3623	2
Der Ausschuss nimmt eine Mitteilung des Vorsitzenden entgegen.	
2 Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption des Landes Nordrhein-Westfalen (Nordrhein-Westfälisches Antikorruptionsgesetz - AKG) und zur Änderung des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbeamtengesetz - LBG)	2

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3528
Zuschrift 13/2668

Der Ausschuss kommt überein, am 25. September 2003 ein Experten-
gespräch durchzuführen und bis zum 15. Mai die Sachverständigen zu
benennen und eine Verständigung über den Anhörungsgegenstand
vorzunehmen.

3 Gesetz zur Regelung der Wahlperiode der im Jahr 2004 gewählten kommunalen Vertretungen 3

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN
Drucksache 13/3725

Mit den Stimmen der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
und der FDP-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU-Fraktion
empfiehlt der mitberatende Ausschuss dem - federführenden - Haupt-
ausschuss, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs zu emp-
fehlen.

4 Initiative für Wachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit 3

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3445

Mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen, gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei Stimmenthal-
tung der FDP-Fraktion empfiehlt der mitberatende Ausschuss dem
- federführenden - Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technolo-
gie, dem Landtag die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

5 Vorbeugenden Hochwasser- und Katastrophenschutz in NRW stärken 5

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2962

In Verbindung damit:

Hochwasserschutz erfordert effizienten Klimaschutz

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2964

Der Ausschuss berät über die Verfahrensweise und kommt überein,
die abschließende Behandlung der Anträge zurückzustellen.

**6 Städte- und Gemeindefinanzierung mit Zukunft
Verlässliche Einnahmen - Gemeindeeigene Steuern - Wegfall der
Gewerbesteuer**

6

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3578

Mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen, gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthal-
tung der CDU-Fraktion empfiehlt der mitberatende Ausschuss dem
- federführenden - Ausschuss für Kommunalpolitik, dem Landtag die
Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

**7 Konzept zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe im Einzel-
plan 03 für das Haushaltsjahr 2003**

9

Vorlagen 13/2101 und 13/2112

Der Ausschuss berät über das Konzept zur Erwirtschaftung der globa-
len Minderausgabe im Einzelplan 03 für das Haushaltjahr 2003.

8 Ergebnis der Mitarbeiterbefragung in den Landesbehörden

12

Vorlagen 13/2054 und 13/2098

Der Ausschuss berät über das Ergebnis der Mitarbeiterbefragung in
den Landesbehörden.

Ausschuss für Innere Verwaltung und
Verwaltungsstrukturreform
38. Sitzung (öffentlich)

08.05.2003

rt-ke

3 Gesetz zur Regelung der Wahlperiode der im Jahr 2004 gewählten kommunalen Vertretungen

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN
Drucksache 13/3725

Vorsitzender Klaus Stallmann lässt verlauten, dass der Gesetzentwurf am 10. April 2003 an den Innenausschuss zur Mitberatung überwiesen worden sei. Die Federführung liege beim Hauptausschuss.

Jürgen Jentsch (SPD) teilt mit, dass seine Fraktion dem Gesetzentwurf zustimmen werde.

Mit den Stimmen der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion sowie gegen die Stimmen der CDU-Fraktion empfiehlt der mitberatende **Ausschuss** dem - federführenden - Hauptausschuss, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfes zu empfehlen.

4 Initiative für Wachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3445

Vorsitzender Klaus Stallmann weist auf die Entschließungsanträge zu diesem Thema in den Drucksachen 13/3471 und 13/3473 hin.

Theo Kruse (CDU) führt aus, der Antrag der CDU-Fraktion sei aktueller denn je. Die Arbeitslosenzahlen des vergangenen Monats und die darüber heute in der Presse zu lesenden Äußerungen verdeutlichten dies. Auch der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen habe den Bundeskanzler zur Eile aufgefordert, indem die Bundesregierung endlich einen Entwurf vorlegen solle. Nicht mehr, aber auch nicht weniger habe sowohl der Antrag der CDU-Fraktion als auch der Entschließungsantrag der FDP zum Inhalt. Insofern gebühre dem vorliegenden Antrag die uneingeschränkte Unterstützung. Er bitte um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion.

Monika Düker (GRÜNE) legt dar, grundsätzlich seien die Vorschläge der CDU-Fraktion zu begrüßen. Der Antrag erinnere jedoch mehr an einen Wunschzettel. Die CDU-Fraktion fordere eine Haushaltskonsolidierung, die Erhöhung der Investitionen in Bildung und Forschung, die Senkung der Steuer- und Abgabenbelastung, den effizienteren Einsatz der in die Arbeitsmarktpolitik fließenden Ressourcen, eine Reform der Systeme der sozialen Sicherheit in Deutschland sowie einen Bürokratieabbau. Dies stelle ihrer Ansicht nach eine Quadratur des Kreises dar. Darüber hinaus teile die CDU-Fraktion nicht mit, wie sie es machen wolle. Des Weiteren erinnere sie daran, dass die